



STANDPUNKT

Bevölkerungsbeteiligung? Ja, aber richtig!

focus 4/20

Juni



Tom Steiner
Geschäftsführer Zentrum
öffentlicher Raum ZORA des
Schweizerischen Städtever-
bandes

Die Beteiligung der Bevölkerung in Planungsprojekten und Fragen der Gestaltung unseres Lebensraums sowie des Zusammenlebens gehört immer mehr zum «Handwerkszeug» der Städte. In den breiten Diskussionen um städtische Entscheidungen manifestieren sich gesellschaftliche Spannungsfelder, die sich mit den formalen demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten alleine nicht lösen lassen. Beteiligungsverfahren sind anspruchsvoll und die kritischen Stimmen zahlreich: «Wo soll das hinführen, wenn alle mitreden wollen? Wir können nicht alle Wünsche erfüllen!»

Dieser Haltung liegen verschiedene Missverständnisse zugrunde. Beteiligung ist mehr als die gesetzliche Mitwirkung in Planungsverfahren. Sie soll auch nicht die etablierten demokratischen Entscheidungsprozesse ersetzen. Beteiligung bedeutet Dialog und Aushandlung und setzt Transparenz und Vertrauen in die Prozesse voraus. Daran mangelt es aber nach wie vor. Gerade in baulichen Planungsprozessen gehört es immer noch zum Selbstverständnis der Fachleute, zuerst ein ausgereiftes Projekt auszuarbeiten, bevor die Bevölkerung involviert wird. Diese hat nur noch die Möglichkeit, gleich das ganze Projekt oder Teile davon

abzulehnen. So entsteht kein Dialog! Weder die konkreten Bedürfnisse der Betroffenen noch ihre spezifischen Kenntnisse der Situation werden berücksichtigt.

Es ist nicht der Zweck von Beteiligung, eine reibungslose Genehmigung von Projekten in den formalen demokratischen Prozessen zu garantieren. Sie erhöht aber die Akzeptanz bei den Betroffenen und macht sie zu Beteiligten. Letztlich führt sie zu Lösungen, welche besser auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort abgestimmt sind.

Vor allem aber fördert echte Beteiligung das Vertrauen der Bevölkerung in die Exekutive und die Verwaltungsprozesse. Vertrauen stellt eine wichtige Währung in einem zeitgemässen Verständnis von Governance dar. Beteiligung bedingt einen transparenten, relevanten Spielraum zur Einflussnahme, Ergebnisoffenheit und den Verzicht auf die alleinige Deutungshoheit. Der Dialog wird zudem oftmals vereinfacht, wenn der Prozess an eine neutrale Moderation abgegeben wird. In vielen Fällen setzt dies einen grundsätzlichen Wandel des Rollenverständnisses von Exekutive und Verwaltung voraus. Schlussendlich ist Beteiligung eine Grundhaltung, den Einbezug der Betroffenen in allen Entscheidungsprozessen von Anfang an mitzudenken.

Liebe Leserin, lieber Leser

Seien es Planungsverfahren, Quartierentwicklung oder Mitsprachmöglichkeiten in der Politik – das Thema der Beteiligung hat stark an Bedeutung gewonnen. Der Einbezug der Schlüsselakteure bei der Projektplanung und Beschlussfassung schafft gegenseitiges Verständnis für unterschiedliche Bedürfnisse und führt zu mehr Akzeptanz von Entscheidungen. Dies wiederum stärkt das Vertrauen in die Behörden und Verwaltungsprozesse. Die Bedürfnisse der unterschiedlichsten Gruppen abzuholen, ist aber keine leichte Aufgabe. Beteiligung führt auch schnell zu Reibungsflächen.

Wie also kann Beteiligung gelingen? Wie werden Alibi-Übungen vermieden? Und wo beginnt Beteiligung? Der diesjährige Städtetag in Thun hätte genau diese Fragen beleuchtet. Wegen der Corona-Pandemie musste die Veranstaltung abgesagt werden. Einblicke ins umso aktuellere Thema gibt diese «focus»-Ausgabe.

Wir wünschen eine gute Lektüre!

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Eine Stadt entwickelt sich für und mit der Bevölkerung»


Raphael Lanz
Stadtpräsident von Thun

Raphael Lanz ist seit 2011 Thuner Stadtpräsident und seit 2014 Mitglied im Grossen Rat des Kantons Bern. Vor seiner Wahl zum Stadtpräsidenten war der bernische Fürsprecher und Dr. iur. in der Wissenschaft, als selbständiger Anwalt und in verschiedenen Funktionen in der Justiz tätig, zuletzt während 8 Jahren als Gerichtspräsident in Thun. Der 51-Jährige verbringt seine freie Zeit am liebsten mit seiner Familie, macht gerne Sport und ist passionierter Bierbrauer.

Unter dem Motto «Stadt der Beteiligung» hätte der Städtetag 2020 in Thun stattfinden sollen. Was entgeht Ihren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Städten?

Zum einen natürlich Thun, eine der schönsten Städte der Schweiz – und glauben Sie mir, als Stadtpräsident von Thun kann ich das wirklich objektiv beurteilen... Zum anderen haben wir ein Rahmenprogramm mit Solar-schiffahren, der Geschichte einer Baronin in Thun bis hin zum Stand Up Paddling vorgesehen und ein Hauptprogramm mit Inputs zu Formen, Chancen und Herausforderungen der Beteiligung. Aber wir freuen uns nun auf die Durchführung im nächsten Jahr. Sowohl das Thema wie auch Thun geben viel her für den gewohnt spannenden Städtetag.

Wie schafft Ihre Stadt in Zeiten der sozialen Distanzierung Nähe zur Bevölkerung?

Die Kommunikation ist da ganz entscheidend, wobei ich bewusst von Kommunikation und nicht von Information rede. Der Austausch anstelle der einseitigen Information ist wichtig, überhaupt und in der aktuellen Situation umso mehr. Wir kommunizieren Neuerungen, Entwicklungen und Angebote laufend über diverse Kanäle und nehmen gleichzeitig Anliegen, Fragen und Anregungen auf. Nicht nur die Kadenz, sondern auch der Kommunikationsmix ist dabei wichtig. Klassische Medienarbeit, Social Media, Videobotschaften und unsere Webseite gehören dazu, aber wir haben während des Lockdowns zum Beispiel

auch auf den «guten alten» Brief zurückgegriffen. Das kam gut an. Wir haben viele positive Rückmeldungen erhalten – auch per Brief. Kontakte mit Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Organisationen finden also auch in Zeiten der sozialen Distanzierung statt, manchmal sogar intensiver, aber sie gestalten sich eben anders.

Die Stadt Thun hat im Mai einen digitalen Event zur Lancierung der Smart-City-Strategie durchgeführt. Wie war die Beteiligung am Anlass?

Wir haben einen Anlass in dieser Form zum ersten Mal durchgeführt und sind zufrieden mit der Beteiligung. Der Live-Stream ist eine weitere Möglichkeit, Menschen zu erreichen und für Themen zu begeistern. Die erste Durchführung hat uns gezeigt, was gut funktioniert und wo wir uns noch steigern können. Verbessern wollen wir insbesondere die Interaktion mit dem virtuellen Publikum. Die Live-Chat-Funktion ermöglicht es, in Echtzeit Fragen zu beantworten oder Meinungen abzuholen. Das wollen wir stärker nutzen.

Online-Events, Live-Streaming und Fragen per Chat – werden solche digitalen Formate auch nach Corona zum partizipativen Prozess gehören?

Ja, sie bieten Chancen. Allerdings ist wichtig, dass wir diese digitalen Möglichkeiten ergänzend nutzen. Denn Partizipation ist Inklusion. Es soll niemand ausgegrenzt werden im parti-

zipativen Prozess. Um möglichst viele oder gar alle Menschen anzusprechen und einzubeziehen, braucht es verschiedene Formate. Manche erreichen wir besser über eine Präsenzveranstaltung, andere über digitale Kanäle.

Warum ist Partizipation wichtig für eine Stadt und ihre Bevölkerung?

Die Beteiligung ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Eine Stadt entwickelt sich für und mit der Bevölkerung. Reine Fachdiskussionen dienen nicht. Jeder Mensch ist Expertin oder Experte für seine persönliche Lebenssituation. Dieses Wissen gilt es so gut wie möglich in Erfahrung zu bringen und mit Fachmeinungen zu kombinieren. So entstehen tragfähige Lösungen.

Die Möglichkeit sich einzubringen, weckt Erwartungen – und birgt auch die Gefahr, diesen nicht gerecht zu werden. Wann ist Partizipation fehl am Platz?

Aus meiner Sicht nur dann, wenn sie unwirksam genutzt wird. Wir müssen die Partizipation so gestalten und einsetzen, dass sie effektiv ist. Sie muss zielgruppengerecht aufgebaut sein und Anregungen in einer Form aufnehmen, in der sie im weiteren Prozess verarbeitet werden können. Die Erwartungen müssen aber auch klar definiert sein. Es braucht bei der Partizipation das Bewusstsein, dass die eingebrachten Anliegen gewichtet werden und nicht alle Bedürfnisse Eingang finden.

THEMA

Beteiligung in der Stadtentwicklung

Mit einer breit interpretierten Beteiligung können Städte ihre Kernanliegen klarer priorisieren und Schlüsselakteure für die Umsetzung aktivieren. Voraussetzung ist eine Exekutive, welche die Verhandlungsmasse vorgibt, und eine Verwaltung, die beteiligte Akteure in einen Kontext setzt.



Dr. Joëlle Zimmerli
Soziologin und Planerin FSU,
Geschäftsführerin des
Planungs- und Entwick-
lungsbüros Zimraum

Heute ist es selbstverständlich, dass Städte komplexe Stadtentwicklungsprojekte mit öffentlicher Beteiligung durchführen. Zu den Auslösern für den Gesinnungswandel gehören aufwändige Projekte, die an der Urne – häufig an unheiligen Allianzen – gescheitert sind. Es ist aber auch das Interesse, stadtspezifische Prioritäten setzen zu können, Schlüsselakteure frühzeitig einzubinden und zu aktivieren oder bessere Programme für Studienaufträge zu schreiben. Drei Beispiele zeigen, dass Beteiligung weit darüber hinaus gehen kann, interessierte Bürgerinnen und Bürger zu öffentlichen Veranstaltungen einzuladen.

«Beteiligung kann weit darüber hinausgehen, interessierte Bürgerinnen und Bürger zu öffentlichen Veranstaltungen einzuladen.»

Stadtspezifische Prioritäten für ein Stadtentwicklungskonzept, Stadt Baden

Die Stadt Baden führte 2019 für die Erarbeitung der Räumlichen Entwicklungsstrategie einen breit angelegten Beteiligungsprozess durch. Die Strategie sollte nicht nur Grundlage für die Revision der Nutzungsordnung sein, sondern auch Ansätze für kooperative Planungsinstrumente aufzeigen und Entwicklungen in Transformationsgebieten anstossen. Die Stadt befragte nicht nur die Badener Wohnbevölkerung, sondern auch Auswärtige und Erwerbstätige, Jugendliche, Kultur- und Quartiervereine, Gewerbe, Grundeigentümer und Unternehmen, und tarierte die Interessen aus. Geäussert haben sich nicht nur jene, die normalerweise an Öffentlichkeitsveranstaltungen auftreten, sondern auch solche, die mit

mehr Aufwand zur Teilhabe gebracht werden müssen. Mit den Grundeigentümern der Transformationsareale wird in diesem Jahr eine gemeinsame Planung gestartet.

Schlüsselakteure einbinden, Quai Vernets, Kanton Genf

Der Kanton Genf suchte 2013 ein Team für die Arealentwicklung Quai Vernets, ein ehemaliges Kasernenareal. Er führte eine Konzeptausschreibung durch. Gesucht war die Investorengemeinschaft mit der besten Voraussetzung für die Realisierung von sozialer Durchmischung und eines attraktiven Quartierangebots. Es gewann eine Entwicklerin mit einem Konsortium aus gemeinnützigen Wohnbauträgern, Pensionskassen und Stiftungen. Im Team waren auch Ankernutzer für Erdgeschosse mit dabei. Der Kanton Genf stiess mit den Anforderungen aus der Konzeptausschreibung einen intensiven Beteiligungsprozess im Rahmen der Projektentwicklung an. Denn die Entwicklerin lässt sich zugunsten der sozialen Vielfalt auf viele Reibungsflächen ein: Sie muss unter den gemeinnützigen und institutionellen Investoren das gegenseitige Verständnis für unterschiedliche Prioritäten beim Investieren und in der Entscheidungsfindung herstellen. Heute steht das Areal kurz vor der Realisierung.

Nutzungsorientierte Programmierung des Marktplatzes, Stadt St.Gallen

Die Stadt St.Gallen startete 2017 einen neuen Versuch für die Umgestaltung des Marktplatzes. Da vorherige Projekte an divergierenden Vorstellungen zur Nutzung des Platzes scheiterten, führte sie einen Workshop-Prozess mit mehr als 90 Interessensvertretenden durch. Diese formulierten die Nutzungsanforderungen an den Platz. Relevant waren vor allem die Inputs der Marktbetreibenden, für die nicht nur Anforderungen an den Betrieb von Marktständen, Anlieferungsmöglichkeiten, zusammenhängende Fläche und die Nähe zueinander wichtig sind, sondern auch

die Atmosphäre und die Nähe zu den Leuten. Auf Basis des konsolidierten Inputs schrieb die Stadt ein Studienprogramm, das auf die Betreiberanforderungen zugeschnitten war. Die Abstimmung zur Realisierung des Siegerprojekts im Herbst 2020 wird zeigen, ob das Vorgehen mit zum Erfolg führte.

«Beteiligung erfordert die Bereitschaft, sich mit anders gelagerten Interessen auseinanderzusetzen und Spannungen auszuhalten.»

Reibungsflächen als Erfolgsfaktoren

Der Erfolg von Beteiligungsprozessen in der Stadtentwicklung hängt vom Zusammenspiel der Politik mit der Verwaltung sowie der Bereitschaft ab, sich auf Reibungsflächen einzulassen. Die Politik muss die Verhandlungsmasse vor- und Ressourcen freigeben: Ohne politischen Rückhalt versanden Ergebnisse aus Partizipationsprozessen. Die Verwaltung trägt die Verantwortung, betroffene Gruppen angemessen einzubinden und deren Inputs zu kontextualisieren: Sobald sich eine Gruppierung als Sprachrohr für «die Bevölkerung» positioniert, ist keine ausgewogene Lösung mehr möglich. Schliesslich erfordert Beteiligung die Bereitschaft, sich mit andersgelagerten Interessen auseinanderzusetzen und Spannungen auszuhalten: Der Dialog mit und unter Schlüsselakteuren, die Stadtentwicklungsprojekte umsetzen, kann anstrengend sein. Aber Auseinandersetzungen führen in der Regel auch zu innovativeren Ergebnissen zugunsten einer sozial durchmischten Stadt.

www.zimraum.ch

Absage des Städtetags 2020

Der zweitägige Städtetag ist jeweils der Höhepunkt des Verbandsjahres. Unter dem Motto «Stadt der Beteiligung» hätte er dieses Jahr in Thun über die Bühne gehen sollen. Aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen, bedingt durch die Corona-Pandemie, musste der Anlass jedoch abgesagt werden. Die Generalversammlung wird auf schriftlichem Weg durchgeführt. Die Stadt Thun wird Gastgeberin des nächsten Städtetags am 26. und 27. August 2021 sein.

POLITIK

Rückblick auf die Sommersession

Die Sommersession hat die Revision des CO₂-Gesetzes einen grossen Schritt vorwärts gebracht. Der Städteverband begrüsst die entsprechenden Beschlüsse des Nationalrats. Ebenso beurteilt er die Beschlüsse zur Überbrückungsrente, BFI-Botschaft und Weiterentwicklung der Invalidenversicherung, da sie die Sozialhilfe entlasten, positiv.

Nationalrat verabschiedet CO₂-Gesetz

Die Schweiz soll ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 senken. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine Flugticketabgabe sowie Massnahmen zur Verteuerung des Benzins beschlossen. Die Räte bleiben sich uneins in Bezug auf die Verminderungsziele im Inland, die CO₂-Gebäudegrenzwerte wie auch die Verwendung der Mittel aus dem Klimafonds. Der Ständerat muss sich noch einmal dazu äussern. Die Städte verfügen über wirksame Hebel zur Reduktion des CO₂-Ausstosses. Die aktuelle Gesetzesvorlage unterstützt wichtige städtische Klimamassnahmen, was aus Sicht des Städteverbandes erfreulich ist.

Abschwächung der Überbrückungsrente

Die Vorlage zu den Überbrückungsleistungen will vermeiden, dass ältere ausgesteuerte Arbeitslose in die Sozialhilfe abrutschen. Die Räte haben sich darauf geeinigt, dass nur ausgesteuerte Personen mit 60 Jah-

ren oder später Anspruch auf eine Überbrückungsrente haben sollen. Zudem soll diese Rente nach oben begrenzt sein. Bei Ehepaaren und Personen mit Kindern legte das Parlament den Plafonds auf das 2,25-fache des allgemeinen Lebensbedarfs fest. Die Höhe des Plafonds für Alleinstehende war bis zuletzt umstritten. In der Einigungskonferenz konnten sich die Räte auf den Vorschlag des Nationalrats festlegen, der den Faktor 2,25 vorsieht. Das neu geschaffene Sozialwerk entlastet Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe, weshalb die Städte die Vorlage von Anfang an begrüsst hatten.

Mehr Mittel für die Berufsbildung

Der Ständerat hat entschieden, zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2021-2024 ein Budget von über 28 Milliarden Franken bereitzustellen. Hochschulen werden mit 16,6 Milliarden Franken unterstützt. Für die Berufsbildung sind rund 4,3 Milliarden Franken (+8,3 Prozent) vorgesehen. Ein Augenmerk liegt dabei auf der Förderung von älteren Arbeitnehmern und Menschen mit schlechten Berufsqualifikationen, was den Städteverband besonders freut. Wie eine städtische Erhebung zeigte, helfen Weiterbildungsprogramme und die Förderung von Grundkompetenzen bei der Wiedereingliederung von Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügern in den Arbeitsmarkt.

Reform Invalidenversicherung

Mit der Weiterentwicklung der Invalidenversicherung will der Bundesrat für Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen der Invalidisierung vorbeugen und die Eingliederung verstärken. Im Zentrum steht eine intensivere Begleitung der Betroffenen. Lange Zeit umstritten war im Parlament der Begriff der «Kinderrente». Der Nationalrat wollte sie in «Zusatzrente für Eltern» umbenennen, lenkte aber in der Frühjahrssession auf den Begriff der «Kinderrente» ein. Die Schlussabstimmung musste wegen des Abbruchs der Frühjahrssession nachgeholt werden. Nun brachte das Parlament die Vorlage in der Sommersession unter Dach und Fach. Für den Städteverband war vor allem wichtig, dass mit der Reform keine Verschiebung in die Sozialhilfe stattfindet.

Höhere Hürden für Zivildienst scheitern

Die Vorlage, die den Wechsel von der Armee in den Zivildienst erschweren sollte, ist im Nationalrat in der Schlussabstimmung gescheitert. Die Vorlage ist damit vom Tisch. Umstrittenster Punkt der Vorlage war die einjährige Wartefrist für Armeeingehörige, die zum Zivildienst wechseln wollen. Der Städteverband hatte sich gegen eine Verschärfung des Zugangs zum Zivildienst gestellt, weil städtische Institutionen Einsätzen des Zivildienstes brauchen. Er begrüsst daher den Entscheid des Nationalrats.

Stossende Ungleichbehandlung bei Kurzarbeitsentschädigungen

Bei öffentlich-rechtlichen Arbeitgebern sollen gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft SECO die Anspruchsvoraussetzungen für eine Kurzarbeitsentschädigung nicht gegeben sein. Dies, obwohl viele Arbeitnehmende von öffentlichen und halböffentlichen Institutionen aufgrund der behördlichen Anordnungen gezwungen waren, ihre Arbeit zu reduzieren oder niederzulegen.

Dies kann zu einer massiven Ungleichbehandlung zwischen den Kantonen führen; Beispielsweise sind Institutionen der ausserfamiliären Kinderbetreuung in der französischsprachigen Schweiz häufiger öffentlich organisiert als in der Deutschschweiz. Die finanzielle Unterstützung der familienergänzenden Betreuung durch den Bund steht

aktuell nur Institutionen des Privatrechts zu. Reaktionen aus dem Mitgliederkreis des Städteverbandes zeigen, dass diese Ungleichbehandlung als stossend empfunden wird. Der Städteverband arbeitet in Kontakt mit den verschiedenen zuständigen Stellen an einer Klärung dieser unbefriedigenden Situation.

Bei den städtischen Verkehrsbetrieben setzt sich der Städteverband dafür ein, dass sich die öffentliche Hand für die finanziellen Ausfälle in der Corona-Krise an den effektiven Beträgen orientiert. Er verlangt zudem, dass die auf Empfehlung des Bundesamts für Verkehr BAV von Verkehrsbetrieben angemeldete Kurzarbeit vom Bund abgegolten wird. Kommt dafür nicht die Arbeitslosenversicherung auf, ist sie in die Berechnung der allgemeinen

Entschädigung einzubeziehen. Es ist eine einheitliche Lösung für alle Transportunternehmen zu finden, unabhängig von ihrer Rechtsform. Der Städteverband beantragt, dass ein Drittel plus die Kurzarbeitsentschädigung durch den Bund zu übernehmen ist; die restlichen zwei Drittel durch Kantone und Gemeinden, gemäss normalem Finanzierungsschlüssel.

Unter Notrecht mussten Bund und Kantone schnell handeln. Viele Anordnungen wurden ohne Einbezug von Städten und Gemeinden getroffen. Umso wichtiger ist, dass die kommunale Ebene ihre Interessen bei der Bewältigung der Folgen der Coronapandemie und im Hinblick auf die Regelung der Finanzierung einbringen kann.

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Umfrage des Städteverbandes beleuchtet Selbstverständnis der Agglomerationen



Die Agglomerationen wachsen, ihre Lebenswelt und Herausforderungen werden zunehmend städtischer. Besonders in der Raumplanung, im Verkehr, im Sozialwesen und in der Klimapolitik stehen Kernstädte und Kernagglomerationen vor ähnlichen Aufgaben. Dennoch unterscheiden sich Wahrnehmung, Identität oder das Bedürfnis nach Zusammenarbeit und Autonomie je nach Art der Gemeinde. Dies zeigt eine umfassende Befragung von Vertreterinnen und Vertretern aus Agglomerationsgemeinden, welche die Forschungsstelle sotomo im Auftrag des Schweizerischen Städteverbandes durchgeführt hat. Fast 500 Exekutivmitglieder und Fachverantwortliche aus 175 Städten und Gemeinden haben daran teilgenommen. Die Qualität der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden sowie mit Bund und Kantonen wird generell positiv bewertet. Dennoch zeigt sich ein Bedürfnis nach mehr Kooperation, etwa bei der Entwicklung digitaler Lösungen, in der Standortförderung, in der Raumplanung oder in der Mobilität.

www.staedteverband.ch

Nein zur Begrenzungsinitiative und zu höheren Abzügen für Kinderbetreuung



Stabile und zukunftsfähige Beziehungen mit der EU sind für die Schweizer Städte von grösster Bedeutung. Der Vorstand des Schweizerischen Städteverbandes empfiehlt deshalb im Hinblick auf die eidgenössische Abstimmung vom 27. September 2020 ein Nein zur Begrenzungsinitiative. Ebenfalls ablehnend steht er höheren Kinderabzügen gegenüber. Für den Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub» hat er hingegen die Ja-Parole beschlossen.

www.staedteverband.ch

Leitlinien der Städtekonzferenz Mobilität: Intuitiv zu Fuss gehen und Velo fahren



«Aus dem Bauch heraus zu Fuss gehen und Velo fahren»: Unter diesem Titel fasst die Städtekonzferenz Mobilität (SKM) neue Leitlinien zusammen, die sie für ihre Mitglieder

erarbeitet hat. Fussgängerinnen und Velofahrern soll im öffentlichen Raum der Platz eingeräumt werden, den diese als Protagonisten der städtischen Mobilität verdienen. Dafür sind Wege so zu gestalten, dass sie die Menschen dazu einladen, sich für diese beiden elementaren Fortbewegungsarten zu entscheiden. Die SKM begrüsst das Veloweggesetz, das der Bundesrat in die Vernehmlassung gegeben hat. Sie ist aber der Meinung, dass eine konkrete Umsetzungsfrist und mehr finanzielle Mittel nötig sind, wenn das Ziel durchgehender und sicherer Velowege nicht auf der langen Bank enden soll.

www.skm-cvm.ch

Veranstaltung «SSV Info» zur integralen Gefährdungsanalyse für Städte



Städte und Gemeinden sind vermehrt in Zusammenhang mit weiterreichenden sicherheitsrelevanten Ereignissen gefordert. Dies zeigt sich ganz aktuell am Beispiel der COVID-19-Pandemie. Die Identifikation und Einschätzung von Risiken, die zu Katastrophen und Notlagen führen können, ist dabei immer wieder eine Herausforderung. Gerade kleinere Städte können aufgrund fehlender Ressourcen nicht auf eigene Sicherheitsfachpersonen und deren Know-how zurückgreifen. Im Rahmen eines exklusiv für die Mitglieder des Städteverbandes organisierten «SSV Info» am 14. September 2020 in Bern soll darüber ausgetauscht werden, wie sich die sicherheitsrelevanten Herausforderungen weiterentwickelt haben. Gemeinsam mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS werden zudem Unterstützungsmöglichkeiten skizziert.

www.staedteverband.ch

Drei neue Gesichter auf der Geschäftsstelle des Städteverbandes



Auf der Geschäftsstelle des Städteverbandes nehmen drei neue Dossierverantwortliche ihre Arbeit auf. Die Finanz- und Kulturpolitik wird künftig auf zwei Personen verteilt. Als Leiter Finanz- und Wirtschaftspolitik konnte per Anfang Mai Michael Felber gewonnen werden. Für die Kulturpolitik ist ab Juli Marlene Iseli verantwortlich. Im September schliesslich beginnt Franziska Ehrler als Leiterin Sozial- und Gesellschaftspolitik.

Kurzmeldungen

Altersfreundliche Umgebungen

Die demografische Entwicklung erfordert Anpassungen in zahlreichen Lebensbereichen. Eine dieser grossen Herausforderung ist das Schaffen von altersfreundlichen Umgebungen. Solche Umgebungen werden den Bedürfnissen aller Generationen gerecht und fördern somit ihre Gesundheit, Autonomie, Selbstständigkeit und Partizipation im Sinne einer funktionalen Lebensqualität. Die Tagung «Altersfreundliche Umgebungen: integrierte Wohn- und Sozialräume als Chance für alle!» in Bern widmet sich am 14. September dem Thema.

www.sagw.ch

Ertrinkungsunfälle verhindern

Aufgrund der aktuellen Lage werden diesen Sommer mehr Menschen als üblich ihre Ferien in der Schweiz verbringen. Bei schönem Wetter dürften deshalb Aufenthalte an, in und auf Schweizer Seen und Flüssen – und somit das Risiko für Ertrinkungsunfälle – zunehmen. Mit dem Präventionsprojekt «Corona-Sommer 2020» will die Schweizerische Lebensrettungs-Gesellschaft SLRG Städte unterstützen.

www.coronasommer2020.ch

Ratgeber zur Zukunft der Gasnetze

Die Schweiz will bis 2050 klimaneutral werden. Für Gemeinden und Städte resultiert daraus ein dringender Handlungsbedarf, die Transformation der Wärmeversorgung an die Hand zu nehmen. Ein Ratgeber zeigt wichtige Faktengrundlagen rund um die Zukunft der Gasnetze auf.

www.metropolitanraum-zuerich.ch

Förderung nachhaltiger Projekte

Über das Förderprogramm nachhaltige Entwicklung bietet das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) Starthilfe und Unterstützung für Projekte von Kantonen und Gemeinden sowie von Dritten an, welche zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Der diesjährige Themenschwerpunkt lautet «Nachhaltiger Lebensstil – gut für Klima und Biodiversität».

www.are.admin.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 27.-28. August 2020** **ABGESAGT: Städtetag 2020** in Thun
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 14. September 2020** **SSV Info «Mehr als Pandemieplanung: Integrale Gefährdungsanalysen für sichere Städte»** in Bern
Information: Barbara Brechbühl, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 26.-27. August 2021** **Städtetag 2021** in Thun
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Sektionen und Arbeitsgruppen des Schweizerischen Städteverbandes

- 4. September 2020** **18. Kongress zur urbanen Sicherheit «Städte sicher bauen, gestalten und nutzen»** in Bern
Information: Christoph Lienhard, Telefon 044 411 70 17, info@kssd.ch
- 8. September 2020** **Netzwerk Lebendige Quartiere vor Ort** in Suhr
Information: Dominic Blumenthal, Telefon 031 356 32 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch
- 3. November 2020** **Herbstseminar Netzwerk Lebendige Quartiere** in Bern
Information: Dominic Blumenthal, Telefon 031 356 32 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch
- 23. November 2020** **Herbstforum der Städtekonferenz Mobilität** in Bern
Information: Paul Schneeberger, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch

Weitere Organisationen

- 19. August 2020** **Aargauer Demokratietage** online
Information: www.zdaarau.ch
- ab 26. August 2020** **Attraktive Freiräume für die urbane Gesellschaft von morgen** in Biel, Spreitenbach, Winterthur (Patronat: SSV)
Information: www.sanu.ch
- 2. September 2020** **AEE SUISSE Kongress 2020 «Beschleunigung! Mehr Schub für die Energiewende»** in Solothurn (Patronat: SSV)
Information: www.aee-kongress.ch
- 2. September 2020** **Effizient und wirksam kommunizieren mit sozialen Medien** in Zürich (Patronat: SSV)
Information: www.pusch.ch
- 3. September 2020** **asut-Konferenz «Mehr IoT oder Nightmare IoT»** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.asut.ch
- 15. September 2020** **Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Netto-Null-Mobilität** in Biel (Patronat: SSV)
Information: www.pusch.ch
- 27./28. Oktober 2020** **Partizipative Prozesse erfolgreich gestalten** in Winterthur und Lichtensteig (Patronat: SSV)
Information: www.sanu.ch
- 19. November 2020** **Öffentliche Beschaffung nachhaltig und rechtskonform gestalten** in Zürich (Patronat: SSV)
Information: www.pusch.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Dominic Blumenthal, Barbara Brechbühl, Michael Felber, Martin Flügel, Carol Mauerhofer, Lynn Moser, Maja Münstermann, Paul Schneeberger;
Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Foto Seite 1: Rolf Siegenthaler; Porträt Seite 1: zvg; Foto Seite 2: zvg; Foto Seite 3: zvg.
Telefon 031 356 32 32, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch